

Rede Ina Korter: zur Inklusion auf der LDK in Osnabrück

Anrede,

Anfang der Woche war ich in Berlin auf einem Seminar der HBS zum Thema Gute Reden schreiben.

Es war der 9. November und anlassgemäß war erste Aufgabe, in wenigen Minuten eine Kernbotschaft und ein paar Sätze zum Mauerfall vor 20 Jahren zu formulieren.

Ich schrieb spontan auf, was mir in den Sinn kam:

Wer hätte vor 21, 22 Jahren gewagt, sich wirklich vorzustellen, wie es ist, wenn die Mauer in Berlin fällt?

Wer hätte realistischerweise behaupten mögen, die Mauer fällt noch in diesem Jahrhundert?

Ein Ereignis von unglaublicher historischer Dimension hat wider Erwarten viel schneller stattgefunden, als viele es je für möglich gehalten hätten.

Menschen haben die Mauer zu Fall gebracht – weil es immer mehr wurden, weil sie immer lauter wurden, weil sie immer mutiger wurden, weil sie sich nicht mehr aufhalten ließen.

Anrede,

es gibt manches, das klingt zunächst unrealistisch, aber dann geht es mit genügend engagierten Menschen dahinter plötzlich doch schneller als erwartet.

Der Vergleich mit dem Mauerfall mag nicht ganz angemessen sein, aber einen solchen, viel zu lange nicht für möglich gehaltenen Schub wünsche ich mir auch für die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf in der Schule.

Inklusion – das bedeutet, behinderte Kinder oder Kinder, die langsamer lernen oder ein handicap haben, werden nicht mehr von den anderen getrennt und in eine Sondereinrichtung oder Förderschule geschickt.

Nein, sie gehen von Anfang an mit den anderen Kindern in die allgemeine Schule, egal ob Schnellmerker oder Langsamler, ob Zappelphilipp oder mit Down Syndrom.

Alle werden mit qualifizierter Unterstützung durch Fachkräfte in der allgemeinen Schule optimal gefördert und sie gehören dazu!

Und, Anrede, Inklusion ist mehr als Integration.

Wir wollen Kinder nicht erst mal mit einem Label "Förderbedarf" etikettieren und aussortieren, um sie dann hinterher irgendwann- oder auch nicht- wieder zu integrieren.

Nein, alle allgemeinen Schulen sollen in die Lage versetzt werden,

Kinder mit welchem Unterstützungsbedarf auch immer so zu fördern, dass sie ihre Potenziale bestmöglich entfalten können.

Das ist unser zutiefst humaner, und - wer mag - auch zutiefst christlicher Anspruch!

Und das ist der Anspruch, den die Entwicklung unserer Bevölkerungszahlen an unser Bildungssystem stellt.

Alle reden inzwischen davon, dass keiner verloren gehen darf – es klingt ja so gut.

Aber umsetzen muss man es auch!

Dazu brauchen wir ein Elternwahlrecht im Schulgesetz.

Der unwürdige Bettelgang vieler Eltern um einen inklusiven Platz in der allgemeinen Schule für ihr Kind muss endlich ein Ende haben!

So fordert es die UN-Konvention, die seit Anfang 2009 auch für Deutschland und also auch für Niedersachsen gilt.

So fordert es unser Grüner Gesetzentwurf für eine inklusive Schule und der Entschließungsantrag dazu, die wir bereits im Januar 2009 in den Landtag eingebracht haben.

Im Mai hat es dazu eine beeindruckende Anhörung im Landtag gegeben.

Die Beiträge der Elterninitiativen und Behindertenverbände waren zum Teil sehr bewegend. Ich habe mich unglaublich über so viel Unterstützung gefreut.

Ich habe aber auch gespürt, wie viel Hoffnung die Betroffenen auf die UN - Konvention und unsere Gesetzesinitiative setzen.

Anrede, wir dürfen sie nicht enttäuschen!

Umso skandalöser finde ich es, in welcher Weise dieses wichtige Thema von der Regierung Wulff und den Fraktionen von CDU und FDP verschleppt wird.

Erst nach eindringlichem Nachhaken soll es nun wieder im Dezember weiter beraten werden. Dann will das Ministerium berichten, was dort angedacht ist.

Dabei hat Niedersachsen die Führung in der Arbeitsgruppe der KMK zu diesem Thema!

Ausgerechnet ein Bundesland mit einer der niedrigsten Integrationsquoten!

Anrede,

wir Grüne müssen der Landesregierung Druck machen.

Wir wollen, dass es endlich vorangeht mit der Inklusion.

1993 unter rot/grün haben wir die ersten Weichen für die Integration gestellt. Die Nachfolgeregierungen haben diese aber nicht ausgebaut, sondern daran herumgekürzt.

Heute 2009 wollen wir Grüne in allen Bundesländern mehr.

Heute wollen wir, dass sich **alle** Schulen auf den Weg zur Inklusion machen.

Anrede,

es gibt für uns Grüne ja Herzensthemen:

der Einsatz für eine intakte Umwelt gehört dazu und der konsequente Klimaschutz, vor allem aber der Kampf gegen die Atomkraft.

Ich wünsche mir, dass wir alle die Inklusion zu einem dritten Herzensthema machen.

Denn wer die Inklusion ernst nimmt, der muss sich auf den Weg machen zu einem gerechteren Bildungssystem, das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle Kinder in einer gemeinsamen Ganztagschule die bestmögliche Bildung gewährleistet.

Anrede,

ich habe mit dem Mauerfall begonnen.

Wenn dieser vor über 20 Jahren eine kaum vorstellbare Vision war, wie klein und realistisch ist daran gemessen doch das Ziel einer inklusiven Schule?

Trauen wir uns, diese Vision ganz offensiv nach vorn zu stellen:

Die inklusive Schule muss von der Ausnahme zur Regel werden!

Dafür stehen wir Grüne.

Die Mauer der selektiven Schule in den Köpfen muss endlich fallen!

Resolution:

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 14. und 15.11.2009 in Osnabrück fordert die niedersächsische Landesregierung auf, das Recht auf Inklusion in der Schule vollständig und zügig umzusetzen.

Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch für Deutschland verbindlich. Damit bestätigt sich die Richtigkeit und Notwendigkeit der Forderung nach einer Schule für alle. Alle Bundesländer stehen vor der Aufgabe, ihre Schulgesetze entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlage weiter zu entwickeln und zu konkretisieren.

Auch Niedersachsen muss damit endlich beginnen!

Die LDK fordert die Landesregierung auf, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vollständig und zügig umzusetzen.

Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf volle Teilhabe an der Gesellschaft.

Voraussetzung und Element dieser Teilhabe ist ihre volle Integration in das allgemeine Schulwesen.

Seit Jahrzehnten setzen sich Eltern von Kindern mit Behinderungen nachdrücklich dafür ein, dass deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft anerkannt und ihnen die volle Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schule ermöglicht wird.

Wir wollen, dass der unwürdige Bettelgang der Eltern um einen Integrationsplatz ein Ende hat.

Kinder brauchen den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Inklusion, denn der gemeinsame Unterricht wirkt sich positiv auf die Leistungs- und Intelligenzentwicklung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus und fördert die sozialen Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler.

Die sonderpädagogische Förderung in der Schule muss deshalb so weiterentwickelt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler in den allgemeinen Schulen optimal gefördert werden können.

Dabei muss sichergestellt sein, dass auf keiner Seite ein Qualitätsverlust eintritt.

Die Ressourcen und die Kompetenzen der Fachkräfte der Förder- und Sonderschulen müssen erhalten, weiterentwickelt und schrittweise in die allgemeinen Schulen überführt werden.

Alle allgemeinen Schulen sollen dazu befähigt werden, sich zu öffnen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat deshalb im Januar 2009 einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Schulgesetz und einen Entschließungsantrag in den niedersächsischen Landtag eingebracht, mit welchen die in der UN-Konvention erhobene Forderung nach inklusiven Schulen umgesetzt werden soll. Im Mai hat eine umfangreiche und beeindruckende öffentliche Anhörung von Elterninitiativen, Behinderten- und Bildungsverbänden sowie ExpertInnen die Forderungen dieses Gesetzentwurfs weitgehend unterstrichen.

Die Landesregierung hat jedoch bis heute nichts unternommen, um auf dem Weg zur inklusiven Schule auch nur einen einzigen Schritt voranzukommen.

Weitere Verzögerungen darf es nicht geben!

Die Regierung Wulff muss endlich beginnen, den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf inklusive Schule umzusetzen, statt weiter untätig zu bleiben und sogar noch Schulen mit integrativen Modellen, wie es vielfach die Vollen Halbtagsgrundschulen sind, zu zerschlagen.

Wir begrüßen, dass Bremen unter rot-grüner Führung in seinem neuen Schulgesetz das Recht auf gemeinsamen Unterricht verankert hat.

Auch Hamburg schreibt unter grüner Federführung das Recht auf gemeinsamen Unterricht im Schulgesetz fest.

Niedersachsen dagegen ist bei der Inklusion bundesweites Schlusslicht: Nur 4,7% aller Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchen eine integrative Schulform.

Hier muss endlich gehandelt werden!

Nur in einer Schule für Alle kann die Inklusion vollkommen verwirklicht werden.

2009-11-14T00:00:00Rede Ina Korter: zur Inklusion auf der LDK in OsnabrückIm Anhang finden Sie die dazugehörige ResolutionfalseAnrede, Anfang der Woche war ich in Berlin auf einem Seminar der HBS zum Thema Gute Reden schreiben. Es war der 9. November und anlassgemäß war erste Aufgabe, in wenigen Minuten eine Kernbotschaft und ein paar Sätze zum Mauerfall vor 20 Jahren zu formulieren. Ich schrieb spontan auf, was mir in den Sinn kam: Wer hätte vor 21, 22 Jahren gewagt, sich wirklich vorzustellen, wie es ist, wenn die Mauer in Berlin fällt? Wer hätte realistischerweise behaupten mögen, die Mauer fällt noch in diesem Jahrhundert? Ein Ereignis von unglaublicher historischer Dimension hat wider Erwarten viel schneller stattgefunden, als viele es je für möglich gehalten hätten. Menschen haben die Mauer zu Fall gebracht – weil es immer mehr wurden, weil sie immer lauter wurden, weil sie immer mutiger wurden, weil sie sich nicht mehr aufhalten ließen. Anrede, es gibt manches, das klingt zunächst unrealistisch, aber dann geht es mit genügend engagierten Menschen dahinter plötzlich doch schneller als erwartet. Der Vergleich mit dem Mauerfall mag nicht ganz angemessen sein, aber einen solchen, viel zu lange nicht für möglich gehaltenen Schub wünsche ich mir auch für die Inklusion von Kindern mit besonderem Förderbedarf in der Schule. Inklusion – das bedeutet, behinderte Kinder oder Kinder, die langsamer lernen oder ein handicap haben, werden nicht mehr von den anderen getrennt und in eine Sondereinrichtung oder Förderschule geschickt. Nein, sie gehen von Anfang an mit den anderen Kindern in die allgemeine Schule, egal ob Schnellmerker oder Langsamler, ob Zappelphilipp oder mit Down Syndrom. Alle werden mit qualifizierter Unterstützung durch Fachkräfte in der allgemeinen Schule optimal gefördert und sie gehören dazu! Und, Anrede, Inklusion ist mehr als Integration. Wir wollen Kinder nicht erst mal mit einem Label "Förderbedarf" etikettieren und aussortieren, um sie dann hinterher irgendwann- oder auch nicht- wieder zu integrieren. Nein, alle allgemeinen Schulen sollen in die Lage versetzt werden, Kinder mit welchem Unterstützungsbedarf auch immer so zu fördern, dass sie ihre Potenziale bestmöglich entfalten können. Das ist unser zutiefst humaner, und - wer mag - auch zutiefst christlicher Anspruch! Und das ist der Anspruch, den die Entwicklung unserer Bevölkerungszahlen an unser Bildungssystem stellt. Alle reden inzwischen davon, dass keiner verloren gehen darf – es klingt ja so gut. Aber umsetzen muss man es auch! Dazu brauchen wir ein Elternwahlrecht im Schulgesetz. Der unwürdige Bettelgang vieler Eltern um einen inklusiven Platz in der allgemeinen Schule für ihr Kind muss endlich ein Ende haben! So fordert es die UN-Konvention, die seit Anfang 2009 auch für Deutschland und also auch für Niedersachsen gilt. So fordert es unser Grüner Gesetzentwurf für eine inklusive Schule und der Entschließungsantrag dazu, die wir bereits im Januar 2009 in den Landtag eingebracht haben. Im Mai hat es dazu eine beeindruckende Anhörung im Landtag gegeben. Die Beiträge der Elterninitiativen und Behindertenverbände waren zum Teil sehr bewegend. Ich habe mich unglaublich über so viel Unterstützung gefreut. Ich habe aber auch gespürt, wie viel Hoffnung die Betroffenen auf die UN - Konvention und unsere Gesetzesinitiative setzen. Anrede, wir dürfen sie nicht enttäuschen! Umso skandalöser finde ich es, in welcher Weise dieses wichtige Thema von der Regierung Wulff und den Fraktionen von CDU und FDP verschleppt wird. Erst nach eindringlichem Nachhaken soll es nun wieder im Dezember weiter beraten werden. Dann will das Ministerium berichten, was dort angedacht ist. Dabei hat Niedersachsen die Führung in der Arbeitsgruppe der KMK zu diesem Thema! Ausgerechnet ein Bundesland mit einer der niedrigsten Integrationsquoten! Anrede, wir Grüne müssen der Landesregierung Druck machen. Wir wollen, dass es endlich vorangeht mit der Inklusion. 1993 unter rot/grün haben wir die ersten Weichen für die Integration gestellt. Die Nachfolgeregierungen haben diese aber nicht ausgebaut, sondern daran herumgekürzt. Heute 2009 wollen wir Grüne in allen Bundesländern mehr. Heute wollen wir, dass sich alle Schulen auf den Weg zur Inklusion machen. Anrede, es gibt für uns Grüne ja Herzensthemen: der Einsatz für eine intakte Umwelt gehört dazu und der konsequente Klimaschutz, vor allem aber der Kampf gegen die Atomkraft. Ich wünsche mir, dass wir alle die Inklusion zu einem dritten Herzensthema machen. Denn wer die Inklusion ernst nimmt, der muss sich auf den Weg machen zu einem gerechteren Bildungssystem, das unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle Kinder in einer gemeinsamen Ganztagschule die bestmögliche Bildung gewährleistet. Anrede,

ich habe mit dem Mauerfall begonnen. Wenn dieser vor über 20 Jahren eine kaum vorstellbare Vision war, wie klein und realistisch ist daran gemessen doch das Ziel einer inklusiven Schule? Trauen wir uns, diese Vision ganz offensiv nach vorn zu stellen: Die inklusive Schule muss von der Ausnahme zur Regel werden! Dafür stehen wir Grüne. Die Mauer der selektiven Schule in den Köpfen muss endlich fallen! Resolution: Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen vom 14. und 15.11.2009 in Osnabrück fordert die niedersächsische Landesregierung auf, das Recht auf Inklusion in der Schule vollständig und zügig umzusetzen. Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch für Deutschland verbindlich. Damit bestätigt sich die Richtigkeit und Notwendigkeit der Forderung nach einer Schule für alle. Alle Bundesländer stehen vor der Aufgabe, ihre Schulgesetze entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlage weiter zu entwickeln und zu konkretisieren. Auch Niedersachsen muss damit endlich beginnen! Die LDK fordert die Landesregierung auf, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vollständig und zügig umzusetzen. Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf volle Teilhabe an der Gesellschaft. Voraussetzung und Element dieser Teilhabe ist ihre volle Integration in das allgemeine Schulwesen. Seit Jahrzehnten setzen sich Eltern von Kindern mit Behinderungen nachdrücklich dafür ein, dass deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft anerkannt und ihnen die volle Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schule ermöglicht wird. Wir wollen, dass der unwürdige Bettelgang der Eltern um einen Integrationsplatz ein Ende hat. Kinder brauchen den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Inklusion, denn der gemeinsame Unterricht wirkt sich positiv auf die Leistungs- und Intelligenzentwicklung der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus und fördert die sozialen Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler. Die sonderpädagogische Förderung in der Schule muss deshalb so weiterentwickelt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler in den allgemeinen Schulen optimal gefördert werden können. Dabei muss sichergestellt sein, dass auf keiner Seite ein Qualitätsverlust eintritt. Die Ressourcen und die Kompetenzen der Fachkräfte der Förder- und Sonderschulen müssen erhalten, weiterentwickelt und schrittweise in die allgemeinen Schulen überführt werden. Alle allgemeinen Schulen sollen dazu befähigt werden, sich zu öffnen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat deshalb im Januar 2009 einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Schulgesetz und einen Entschließungsantrag in den niedersächsischen Landtag eingebracht, mit welchen die in der UN-Konvention erhobene Forderung nach inklusiven Schulen umgesetzt werden soll. Im Mai hat eine umfangreiche und beeindruckende öffentliche Anhörung von Elterninitiativen, Behinderten- und Bildungsverbänden sowie ExpertInnen die Forderungen dieses Gesetzentwurfs weitgehend unterstrichen. Die Landesregierung hat jedoch bis heute nichts unternommen, um auf dem Weg zur inklusiven Schule auch nur einen einzigen Schritt voranzukommen. Weitere Verzögerungen darf es nicht geben! Die Regierung Wulff muss endlich beginnen, den Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf inklusive Schule umzusetzen, statt weiter untätig zu bleiben und sogar noch Schulen mit integrativen Modellen, wie es vielfach die Vollen Halbtagsgrundschulen sind, zu zerschlagen. Wir begrüßen, dass Bremen unter rot-grüner Führung in seinem neuen Schulgesetz das Recht auf gemeinsamen Unterricht verankert hat. Auch Hamburg schreibt unter grüner Federführung das Recht auf gemeinsamen Unterricht im Schulgesetz fest. Niedersachsen dagegen ist bei der Inklusion bundesweites Schlusslicht: Nur 4,7% aller Kinder mit besonderem Förderbedarf besuchen eine integrative Schulform. Hier muss endlich gehandelt werden! Nur in Einer Schule für Alle kann die Inklusion vollkommen verwirklicht werden.